

die Kreisordnung, die Provinzialordnung u. nur die geheime Wahl kenne. Abg. Dr. Gneist bemerkt, daß die Petitions-Kommission, welche sich wiederholt mit der Frage habe beschäftigen müssen, sich über die Ansicht geeinigt hätte, es komme nicht bloß auf den Wahlmodus an, sondern ebenso sehr auf den Censur, die Klassifikation der Wähler, auf direkte oder indirekte Wahlen, auf Diäten oder Nicht-Diäten, auf die Abgrenzung der Wahlkreise, auf die Zusammensetzung des Herrenhauses u. Eine Aenderung sei nicht möglich ohne Rücksicht auf das Ganze. Mit dem so tiefgreifenden Antrage kämen alle Unterlagen unserer Volksvertretungen in Frage, und da wäre eine Verfassungsrevision unvermeidlich. Das jetzige Wahlsystem beruhe auf Kompromissen, an denen sämtliche Parteien wie auch die Regierung theilhaftig gewesen. Seine Partei sei vor einer Reihe von Jahren in der Lage gewesen, Aenderungen in ihrem Sinne mit Aussicht auf Erfolg zu beantragen; sie habe darauf verzichtet. Ein gleiches Verfahren sei seitens der Konservativen und seitens der Regierung beobachtet worden — und zwar von allen aus guten Gründen, da man nicht absehen könne, was geschehe werde, wenn man erst am Bestehenden zu rütteln anfange. Beide Wahlsysteme ständen seit Jahren neben einander im Reich und in Preußen; man könne nicht sagen, daß das eine unbedingt schlechtere Wahlen erzeugt habe als das andere. Nur pflegen die Landtagswahlen etwas stetiger, weniger schwankend auszufallen und das sei doch kein Grund, sie für schlechter zu halten. Abg. Dr. Hänel meint, nachdem der Minister den Angriff auf die Reichsverfassung proklamirt habe, hätten die Nationalliberalen sich für den Antrag erklären müssen. In unserer politischen Entwicklung lägen schwer wiegende Gründe für das geheime Stimmrecht. Die moderne Gesetzgebung, namentlich die Verstaatlichungspolitik, verstärkte die Abhängigkeit der Wähler. Der Redner wandte sich darauf in schärfster Weise gegen den Minister des Innern und die ganze gegenwärtige Regierung, welche für das monarchische Princip nicht minder gefährlich sei, wie der Republikanismus. Der Minister v. Puttkamer erwiderte, daß ihn der persönlichen Angriffe des Abg. Hänel vollkommen kalt ließen. Daß mit der Einführung der öffentlichen Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen auch die Art gelegt werden sollte an das allgemeine gleiche Wahlrecht, sei eine unberechtigte Insinuation. Daß beides technisch völlig zu trennende Dinge seien, habe schon der Abg. Stern nachgewiesen. Uebrigens habe er nicht von einem festen Plan gesprochen, sondern nur davon, daß sich die Erwägung aufdränge, beim Bundesrath einen Antrag auf Abänderung des Wahlsystems für den Reichstag zu stellen. — Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wurde dann die weitere Beratung des Antrags Stern auf heute verlagert.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Ihre Majestät die Kaiserin ist am verwichenen Sonnabend Abends nach längerer Abwesenheit aus Coblenz nach Berlin zurückgekehrt. Eine halbe Stunde später traf der Kaiser, welcher einen Jagdausflug nach der Gohrde unternommen hatte, in Berlin wieder ein. Das Befinden der hohen Frau gestattete, bereits am nächsten Vormittag eine Spazierfahrt zu unternehmen und am Nachmittage bei der Familientafel die Mitglieder der königlichen Familie, sowie den Großfürsten Sergius und die Großfürstin Katharina von Rußland zu begrüßen.

Der Kronprinz, welcher bisher noch immer in Madrid weilt und dem zu Ehren fortgesetzt glänzende Feste veranstaltet werden, gedenkt heute oder morgen die Rückreise anzutreten, die er auf Wunsch des Königs Alfons um einige Tage verschoben hatte. Die Frau Kronprinzessin ist am Dienstag mit ihren Prinzessinnen Töchtern aus Wiesbaden nach Berlin zurückgekehrt.

Im Abgeordnetenhaus hat mit Beginn dieser Woche die zweite Lesung des Stats begonnen. Bereits sind an zwei Tagen eine Reihe von Special-Stats aus dem Ressort des landwirthschaftlichen Ministeriums bewilligt worden. Der Minister Dr. Lucius ergriff wiederholt die Gelegenheit, über die einzelnen Fragen erläuternde Aufschlüsse zu geben, welche namentlich bezüglich der Lage der Landwirthschaft, die als eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart gelten muß, von großem Werth und allgemeinstem Interesse waren. Am Mittwoch, als am sogenannten Schwerinstage, wurden die Statsberatungen unterbrochen, um dem Antrag Stern bezüglich der Einführung geheimer Abstimmungen bei den Landtags- und den Kommunalwahlen Platz zu machen. Der Minister des Innern gab unter dem lebhaftesten Beifall der staatserkhaltenden Parteien die bestimmteste Erklärung ab, daß die Staatsregierung dem Antrage den entschiedensten Widerspruch entgegenstelle, ja der Erwägung sich nicht verschließen könne, ob es nicht vielmehr angezeigt sei, beim Bundesrath auch die Einführung der öffentlichen Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen zu beantragen. Die Debatte nahm einen so lebhaften Verlauf, daß sie nicht zu Ende geführt werden konnte, sondern bis zum nächsten Tage verschoben werden mußte. — Von Seiten der Centrums-

partei ist ein Antrag auf Wiederherstellung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung, deren Aufhebung aus Anlaß der Maigesetze stattgefunden hat, eingebracht worden. Daß der Antrag keine Aussicht auf Annahme hat, wird von allen Seiten betont und auch von den Ant. agstellern wohl vorausgesetzt.

Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, v. Bötticher, ist von Friedrichruh zurückgekehrt. Die dort mit dem Reichskanzler gepflogenen Erörterungen über ein Unfallversicherungsgesetz haben ein für den Fortgang der gesetzgeberischen Arbeiten günstiges Resultat ergeben.

Aus dem Auslande.

An Vorgängen, die der Aufzeichnung werth sind, hat es auch während der letzten Woche nicht gefehlt, Dinge die an der allgemeinen politischen Lage und an den Beziehungen zwischen den europäischen Kulturvölkern Etwas geändert hätten, haben indeffen nicht vorgelegen. Insbesondere steht der vielbesprochene französisch-chinesische Streit auf demselben Flecke, wie vor acht Tagen. Man macht sich stündlich auf einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen Franzosen und Chinesen gefaßt, dieser Zusammenstoß hat indeffen noch nicht stattgefunden und wird vielleicht noch eine Weile auf sich warten lassen. Einstweilen beherrscht die Theilnahme an dieser Angelegenheit alle übrigen französischen Interessen; die Bewilligung der für die ostasiatische Expedition verlangten weiteren Geldmittel gilt für gesichert, obgleich der Gang der Ereignisse die optimistischen Vorhersagungen der Regierung nicht bestätigt hat und das feindliche Verhalten der anamitischen Beamten die öffentliche Meinung außerordentlich heunruhigt hat. Die Erwartung, daß der Vertrag von Hue Frankreichs Obergewalt über Anam sichern werde, ist offenbar eine Täuschung gewesen. Daß in den von französischen Truppen besetzten Gebieten das Standrecht verkündigt worden ist, läßt auf eine Stimmung der Bevölkerung schließen, die im Falle energischen chinesischen Vorgehens den Franzosen leicht über den Kopf wachsen könnte. — Nach englischen Meldungen sind die deutsche und britische Regierung mit der Vorbereitung gemeinsamer Maßregeln zum Schutz ihrer in China lebenden Angehörigen beschäftigt. — In den Seehäfen dieses Landes spielt das deutsche Element bereits seit Jahren eine außerordentlich wichtige Rolle, da der Verkehr zwischen den verschiedenen Küstenplätzen vornehmlich von deutschen, zum Theil hamburgischen Schiffen besorgt wird, und die Zahl deutscher Firmen und Factoreien eine erhebliche und in der Zunahme begriffen ist.

Der englische Minister Marquis von Hartington hielt im Laufe der Woche seinen Wählern eine Rede, in welcher er hervorhob, daß die Beziehungen seiner Regierung zu Frankreich und Deutschland gleich freundschaftliche seien und keinerlei Trübung erfahren hätten. Es wird abzuwarten sein, ob dieses Verhältniß im Falle eines französisch-chinesischen Krieges unverändert aufrecht erhalten werden wird. Nach der Sprache der Londoner Presse zu urtheilen, ist die englische Kaufmannschaft durchaus geneigt, eine wenigstens indirecte Parteinahme für die Chinesen zu empfehlen und dadurch die Interessen des britisch-ostasiatischen Handels möglichst sicher zu stellen, die Torypartei hat in dieser Angelegenheit von jeher eine der Gladstoneschen entgegengesetzte Stellung eingenommen.

Aus Rußland haben neuerdings zwei Meldungen von Wichtigkeit vorgelegen. Die Regierung hat eine Renten-Anleihe im Betrage von 50 Millionen Rubeln aufgenommen, deren Zinsen in Metall gezahlt werden sollen und die, Dank der Wiederbefestigung der Friedenszuversicht, im In- und Auslande lebhafteste Theilnahme gefunden hat. Von Interesse ist es, daß die von Peter dem Großen erlassenen, im Lauf der Jahre bereits wiederholt abgeänderten aber principieell aufrecht erhaltenen Bestimmungen über Erwerbung des persönlichen und des erblichen Dienstadels einer vollständigen Umgestaltung unterzogen werden sollen. Während bisher die Verleihung gewisser Titel und Orden mit der Erwerbung der adelichen Qualität verbunden war, soll die Nobilitirung künftighin nur durch directe kaiserliche Gnaden-Acte erfolgen. Eine tiefgreifende Umgestaltung des gesammten Beamtenthums und seine Stellung zum Adel würde die Folge dieser Maßregel sein, von welcher Angesichts der übergroßen Zahl adelicher Personen in Rußland bereits seit Jahren die Rede ist.

Im südöstlichen Europa steht eine innere türkische Angelegenheit auf der Tagesordnung. Die Porte beabsichtigt den griechisch-orthodoxen Patriarchen von Constantinopel auf rein geistliche Thätigkeiten zu beschränken und die demselben zuständig gewesene Rechtsprechung in Ehe-, Familien- und Erbrechtsfachen der christlichen Unterthanen griechisch-orthodoxer Confession abzuschaffen. Das Patriarchat, die Synode und der die griechische Unterthanenschaft repräsentirende Nationalrath haben gegen diese Umgestaltung Verwahrung eingelegt und sich darauf berufen, daß Rechte in Frage gestellt seien, welche dem Oberhaupt der morgenländischen Kirche seit der Eroberung von Constantinopel zustehen und für die Behauptung der Stellung desselben um so unentbehrlicher seien, als die Ablösung Griechenlands, Rumaniens, Serbiens und Bulgariens vom türkischen Reiche dem Patriarchate bereits schweren Schaden zugeführt hätten.